

Wahlprüfsteine Denkmalschutz zur Bürgerschaftswahl Hamburg 2025 Auswertung der Antworten

Themenbereich	SPD	GRÜNE	CDU	LINKE
1. Vermittlung von Denkmalwissen	große Unterstützung	bedingte Unterstützung	bedingte Unterstützung	große Unterstützung
2. Re-Aktivierung Bildarchiv	bedingte Unterstützung	bedingte Unterstützung	bedingte Unterstützung	große Unterstützung
3. Verbesserung der Ausbildung	bedingte Unterstützung	keine Unterstützung	bedingte Unterstützung	große Unterstützung
4. Öffentlichkeit bei Abrissen von Baudenkmalern informieren	keine Unterstützung	bedingte Unterstützung	große Unterstützung	große Unterstützung
5. Förderung bürgerschaftlichen Engagements i.d. Denkmalpflege	keine Unterstützung	bedingte Unterstützung	große Unterstützung	große Unterstützung
6. Stärkung Denkmalrat	keine Unterstützung	bedingte Unterstützung	bedingte Unterstützung	große Unterstützung
7. Erhöhung des staatlichen Zuwendungsbudgets	keine Unterstützung	bedingte Unterstützung	bedingte Unterstützung	bedingte Unterstützung
8. Erhaltung wertvoller Denkmäler im öffentlichen Raum	keine Unterstützung	bedingte Unterstützung	große Unterstützung	große Unterstützung

Farb-Legende: In diesen Antworten sehen wir

große Unterstützung
bedingte Unterstützung
keine Unterstützung

Die detaillierten Antworten der einzelnen Fraktionen finden Sie auf den nachfolgenden Seiten.

Die Auswertung der Wahlprüfsteine stellt ausdrücklich keine Wahlempfehlung dar.

1. Vermittlung von Denkmalwissen

Laut Denkmalschutzgesetz soll die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) sich für die Verbreitung des Wissens über Denkmäler in der Öffentlichkeit einsetzen. Sinnvoll wäre der Aufbau einer öffentlichen Datenbank wie dem „Denkmalatlas Niedersachsen“. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass hierfür mind. zwei Projektstellen eingerichtet werden?

Antworten der Parteien:

SPD	Die SPD Hamburg befürwortet den Aufbau einer öffentlich zugänglichen Datenbank, für die bereits erste Schritte unternommen wurden: Im Rahmen eines Vorprojekts wurde 2024 die Digitalisierung der analogen Denkmalkartei geprüft, um als wichtige Grundlage das analog erfasste Denkmalwissen digital zugänglich zu machen. Darüber hinaus gab es einen Austausch mit dem Denkmalschutzamt Niedersachsen bezüglich des Projekts. Der Prozess wird fortgesetzt und entsprechende Ressourcen dafür zur Verfügung gestellt.
GRÜNE	Interessierte Bürger*innen können über das zentrale Kartenportal „Geoportal“ digitale Kartierungen der Hamburger Denkmäler zu verschiedenen Kategorien abrufen. Auch eine digitale Liste aller Denkmäler kann abgerufen werden. Die Stiftung Denkmalpflege stellt über das Online-Portal „Denkmal Digital“ Informationen und Videos bereit, um die Hamburger Denkmallandschaft zu erkunden. Der Aufbau einer zentralisierten Datenbank zu allen Hamburger Denkmalobjekten, in denen grundlegende Informationen gebündelt abgerufen werden können und die als umfassender Wissensspeicher allen Interessierten offensteht, erscheint uns sinnvoll. Wir befürworten daher eine Prüfung, ob und wie vorhandene Daten-Grundlagen verknüpfbar und welche Mittel notwendig wären, um dieses Vorhaben sukzessive umzusetzen.
CDU	Wir halten eine öffentliche Datenbank für sinnvoll. Bevor wir uns für die Einrichtung von zwei Projektstellen einsetzen, würden wir prüfen wollen, welches die beste Möglichkeit ist, die mit der Datenbank verfolgten Ziele zu erreichen.
Die LINKE	Ja. Die Verbreitung des Wissens über Denkmäler ist wichtig, um den Wert des kulturellen Erbes und den Denkmalgedanken in der Öffentlichkeit zu vermitteln. Insbesondere für unbequeme Denkmäler wie Bunker oder solche, die noch nicht lange unter Denkmalschutz stehen. In einem „Denkmalatlas Hamburg“ kann über die Geschichte der Objekte informiert werden und über die Gründe, warum ihre Erhaltung im öffentlichen Interesse ist. Die Grundlage für so einen Atlas kann das Geoportal Hamburg sein, in dem die Denkmäler bereits kartiert sind und schon ein paar Infos dazu zu finden sind. Um das Projekt bekannt zu machen und junge Menschen zu erreichen, sollte es wie beim Vorbild in Niedersachsen mit einem Kanal in den Sozialen Medien vertreten sein.

2. Re-Aktivierung Bildarchiv

Das Bildarchiv der FHH dokumentiert mehr als 150 Jahre Stadtgeschichte und besitzt großes Vermittlungspotential, ist im Staatsarchiv aber nur sehr eingeschränkt zugänglich. Soll das Bildarchiv endlich einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht und vermittelt werden, und wenn ja, wie?

Antworten der Parteien:

SPD	Das Bildarchiv ist eine wichtige Quelle für die Stadtgeschichte und deshalb auch vollständig im Staatsarchiv überliefert. Entsprechend der Regelungen des Hamburgischen Archivgesetzes hat jeder Interessierte bereits jetzt schon die Möglichkeit, das Bildarchiv zu nutzen und zu recherchieren, sofern keine rechtlichen Einschränkungen gegeben sind. Die Anregung einer verbesserten Zugänglichkeit nehmen wir gerne auf.
GRÜNE	Aus unserer Sicht sollte das Bildarchiv des Staatsarchivs einer breiten Öffentlichkeit zugänglich und nutzbar gemacht werden. Wir befürworten eine Prüfung, wie eine niedrigschwellige Zugänglichkeit hergestellt werden kann. In diesem Rahmen kann auch entsprechende Vermittlungsarbeit stattfinden, um die Bewerbung des Bildarchivs zu verbessern und das Potenzial des Bildarchivs zu erschließen, auch in Kooperation mit externen Agenturen.
CDU	Prinzipiell ja. Alternative Orte müssen geprüft werden.
Die LINKE	Ja. Auch hier ist Digitalisierung das Zauberwort. So wird die Recherche erleichtert und es muss nicht erst ein Termin mit dem Staatsarchiv ausgemacht, nach Wandsbek gefahren und dort durch einen Haufen Archivalien gewählt werden. Mit der Digitalisierung werden die Dokumente nicht nur leichter zugänglich gemacht, sondern auch für zukünftige Generationen gesichert. Das Museum für Kunst und Gewerbe und einige Geschichtswerkstätten haben es mit dem Digitalisierungsprojekt in Zusammenarbeit mit „Digicult“ vorgemacht. Diese Bestände sollten mit denen von Bildarchiv und anderen von Staatsarchiv sowie der Staats- und Universitätsbibliothek in einem digitalen Regionalportal zusammen zugänglich gemacht werden.

3. Verbesserung der Ausbildung

Derzeit gibt es in Hamburgs Hochschulen keinen Lehrstuhl für Denkmalschutz und Denkmalpflege, mit entsprechenden Negativ-Folgen für historische Baukultur. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Thema in der Hochschullandschaft verankert wird, z.B. mit einer Professur für Denkmalschutz an der HCU?

Antworten der Parteien:

SPD	Die Bedeutung der Baukultur und des Denkmalschutzes als Teil der städtischen Identität ist uns bewusst. Wir unterstützen grundsätzlich den Ansatz, gesellschaftlich relevante Themen in der Wissenschaft zu fördern und weiterzuentwickeln. In Zusammenarbeit mit der HCU und anderen Hochschulen können wir prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, die Themen Denkmalschutz und Denkmalpflege in der Hochschullandschaft angemessen zu berücksichtigen. Dabei müssen wir selbstverständlich die Hochschulautonomie wahren und die Entscheidungen den Hochschulen überlassen.
GRÜNE	Die Einrichtung einer weiteren Professur erscheint uns nicht sinnvoll. Die Inhalte der Denkmalkunde und damit verbundene baukulturelle Inhalte sind in der Lehre einzelner Studienprogramme der HafenCity Universität abgebildet. Eine explizit dem Denkmalschutz und der Denkmalpflege gewidmete Professur ist daher derzeit nicht geplant. Des Weiteren gilt es, bei der Konzeption von Lehrstühlen die Unabhängigkeit der Wissenschaft zu achten.
CDU	Wir sehen die Notwendigkeit und halten die HCU grundsätzlich für eine geeignete Option. Die entsprechende Entscheidung liegt bei den Hochschulen (Freiheit von Forschung und Lehre). Die Frage der Finanzierung müsste vorher und langfristig verbindlich geklärt sein.
Die LINKE	Ja. Neben Geschichte und Theorie von Architektur und Städtebau sollten an der HafenCity Universität (HCU) zukünftig auch Denkmalschutz und Denkmalpflege Thema in der Ausbildung von Architekt*innen und Stadtplaner*innen sein und ein entsprechender Lehrstuhl eingerichtet werden. Dieser kann gemäß dem Anspruch des transdisziplinären Lernens der HCU mit dem kunstgeschichtlichen Seminar an der Uni Hamburg verknüpft sein.

4. Öffentlichkeit bei Abrissen von Baudenkmalern informieren

Aktuell erfahren Bürger:innen von Denkmal-Abrissen erst, wenn alle Entscheidungen schon getroffen sind. Wie bei der Sternbrücke werden so schlechte Planungen zu spät kritisch überprüft. Werden Sie sich für eine frühere öffentliche Information / Beteiligung bei Abrissen einsetzen, und wenn ja, wie?

Antworten der Parteien:

SPD	Das Denkmalschutzgesetz regelt im § 9 den Umgang mit Beseitigungen von Denkmälern bereits ausreichend. Abbrüche können genehmigt werden, wenn überwiegende andere öffentliche Interessen dies verlangen. Der Senat ist legitimiert, die entsprechenden Entscheidungen zu treffen.
GRÜNE	<p>Wir sind uns bewusst, dass Abriss-Vorhaben zu Konflikten führen. Das baulich-kulturelle Erbe in Hamburg zu bewahren, gehört zu den Zielen unserer Politik. Die Beteiligung der Bürger*innen halten wir für sinnvoll, um insgesamt bessere Planungsergebnisse zu erhalten. Andererseits muss zwischen privaten und öffentlichen Bauträgern unterschieden werden. So haben Private einen Rechtsanspruch auf Vertraulichkeit und Verschwiegenheit in den Baugenehmigungsverfahren, die bundesrechtlich geregelt und für alle Länder und Gemeinden verbindlich ist.</p> <p>Anders wäre es bei öffentlichen Bauträgern aus Hamburg. Hier nehmen wir den Gedanken größerer Öffentlichkeit auf und werden uns dafür einsetzen. Bei öffentlichen Bauträgern der Bundesebene wie beispielsweise der Deutschen Bahn ist die Einflussnahme für das jeweilige Land begrenzt. Es kommen noch weitere Sachgebiete hinzu, die ebenfalls bundesgesetzlich geregelt sind. Gleichzeitig werden wir uns dafür einsetzen, für mehr Informationen und Transparenz zu sorgen, wo dies im Einzelfall darstellbar ist.</p>
CDU	Ja. Bei der Sternbrücke lag die Problematik allerdings schon in der (allerdings bewusst getroffenen) Auswahl des Verfahrens. Eine Anzeigepflicht bei Einstieg in das Prüfverfahren zum Abriss könnte Abhilfe schaffen.
Die LINKE	Ja. Die Linke Hamburg setzt sich für mehr Transparenz und Beteiligung der Bürger*innen ein. Ausschusssitzungen sollten grundsätzlich öffentlich stattfinden, um Abriss- und Bauvorhaben nicht nur unter parlamentarische, sondern auch unter gesellschaftliche Kontrolle zu stellen. Außerdem braucht es bei umstrittenen Projekten einen anderen Weg zu grundlegenden Entscheidungen. Zum Beispiel durch für den Senat verbindliche Bürgerentscheide oder die Umsetzung von Bezirksentscheiden. Das würde unsere Demokratie wieder stärken und verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.

5. Förderung bürgerschaftlichen Engagements in der Denkmalpflege

Die FHH stellt weder Geld noch Personal für bürgerschaftliches Engagement in der Denkmalpflege zur Verfügung. Werden Sie sich für einen Engagement-Fördertopf von mind. 100.000 EUR/Jahr wie in Berlin einsetzen? (vgl.

<https://www.berlin.de/landesdenkmalamt/aktivitaeten/buergerschaftliches-engagement/>)

Antworten der Parteien:

SPD	Seit Mitte 2024 gibt es die Hamburger Engagement-Karte, die auf einer parlamentarischen Initiative beruht. Sie ist ein Zeichen der Wertschätzung an alle Menschen, die sich in besonderem Maße in oder aus Hamburg heraus freiwillig engagieren und damit einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Mit der Engagement-Karte ist eine Auswahl an Vergünstigungen für die bürgerschaftlich Engagierten verknüpft.
GRÜNE	Um ein möglichst breites Spektrum verschiedener Freiwilligenprojekte in Hamburg abzubilden und zu fördern, können Vereine und Initiativen Fördermittel für Engagement-Projekte im Bezirk und/oder Hamburg-weit beantragen. Hierzu zählen selbstverständlich auch Vorhaben und Projekte des bürgerschaftlichen Engagements in der Denkmalpflege. Wir setzen uns für eine unbürokratische Förderung diverser Engagement-Projekte ein und werden, je nach Haushaltslage, die Fördermittel im Bezirk und hamburgweit weiter aufstocken, wie wir es schon für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 erfolgreich getan haben.
CDU	Grundsätzlich halten wir einen solchen Fördertopf für sinnvoll.
Die LINKE	Ja. Die finanzielle Förderung von Initiativen, Vereinen und Stiftungen in den Bereichen Denkmalschutz und Stadterhaltung wurde 2018 in Berlin von dem linken Kultursenator Klaus Lederer eingeführt. Mit diesem Fördertopf wird die amtliche Denkmalpflege vor allem bei der Vermittlung des Wissens über Denkmäler und des Denkmalgedankens unterstützt. Ob es dieses Programm auch in Zukunft in Berlin geben wird, ist fraglich. So will der schwarz-grüne Senat (CDU und SPD) im nächsten Haushalt allein im Kulturbereich 130 Mio. Euro einsparen.

6. Stärkung Denkmalrat

Der Denkmalrat ist ein unabhängiges Sachverständigengremium, das die Behörde in Denkmalfragen berät. Der Rat arbeitet ehrenamtlich und verfügt über kein Budget, um bei strittigen Fragen Gutachten einzuholen. Werden Sie sich für eine finanzielle Ausstattung des Denkmalrates einsetzen, und wenn ja, wie?

Antworten der Parteien:

SPD	Sollte der Denkmalrat im Rahmen seiner Beratung empfehlen, Gutachten einzuholen, werden diese aus dem Etat der Behörde für Kultur und Medien finanziert. Insofern benötigt der Denkmalrat keine Mittel für Gutachten.
GRÜNE	Uns ist daran gelegen, dass Diskurse zu Denkmalfragen angemessen geführt werden können. Der Denkmalrat ist eine Institution, die im Denkmalschutzgesetz verankert ist. Wir möchten daher prüfen, wie und in welcher Höhe der Denkmalrat in seiner Beratungsfunktion gegenüber dem Denkmalamt gestärkt werden kann. Auch den Denkmalverein wollen wir stärken und prüfen, ob ihm die Möglichkeit eines Verbandsklagerechts zum Schutz von Denkmälern zuerkannt werden kann.
CDU	Scheint sinnvoll, lässt sich ohne tiefere Kenntnis der Arbeitsweise und Zusammenhänge nicht beantworten.
Die LINKE	Ja. Der Denkmalrat ist ein wichtiges Gremium und muss für strittige Fälle in die Lage versetzt werden, Fachgutachten in Auftrag zu geben. So kann der Denkmalrat seine Positionen tiefergehend überprüfen und seine Haltung gegenüber Kulturbehörde und Denkmalschutzamt fundiert darlegen.

7. Erhöhung des staatlichen Zuwendungsbudgets

Das Denkmalschutzamt kann denkmalbedingten Mehraufwand von Denkmal-Eigentümer:innen nur mit 800.000 EUR/Jahr fördern. Diese könnten ihre Denkmäler viel besser instand halten, wenn sie mehr staatliche Unterstützung erhielten. Planen Sie, das Zuwendungsbudget zu erhöhen, und wenn ja, um wieviel?

Antworten der Parteien:

SPD	Das Denkmalschutzamt benötigt laut den uns vorliegenden Informationen keine weiteren Mittel für die Förderung, da die 800.000 Euro pro Jahr auskömmlich veranschlagt sind.
GRÜNE	Den Wunsch von Eigentümer*innen nach finanzieller Förderung können wir nachvollziehen und erkennen an, dass diese möglicherweise nicht durchgehend bedarfsgerecht ausfällt. Zu beachten ist hier die Option, bauliche Aktivitäten bedarfsgerecht mit weiteren Sanierungselementen zu versehen, die andere Förderschienen, zum Beispiel bei der IFB, bedienen können. Wir streben an, auf diesem Feld für mehr Aufklärung zu sorgen. Weiterhin ist zu evaluieren, warum der Mittelabfluss bisher so gering ausfällt und durch welche Maßnahmen die Bekanntheit erhöht werden kann.
CDU	Lässt sich ohne Kenntnis der Details nicht beantworten. Prinzipiell sind finanzielle Förderangebote zum Denkmalerhalt sinnvoll und notwendig.
Die LINKE	Der Erhalt von Denkmälern ist im öffentlichen Interesse und so kann dieser auch durch staatliche Unterstützung gefördert werden. Wie hoch die Förderung ist, sollte aber in Einzelfall entschieden und an Einkommen und Vermögen der Eigentümer*innen gekoppelt werden. Die finanzielle Unterstützung vom Staat darf nicht dazu dienen, den Profit von Einzelnen auf Kosten der Gesellschaft zu maximieren.

8. Erhaltung wertvoller Denkmäler im öffentlichen Raum

Hamburg besitzt zahlreiche Denkmäler im öffentlichen Raum wie Brunnen, Statuen oder historische Zäune, für deren Pflege die Bezirke verantwortlich sind. Viele dieser Objekte befinden sich in einem schlechten Zustand. Werden Sie sich für einen besseren Umgang mit ihnen einsetzen, und wenn ja, wie?

Antworten der Parteien:

SPD	Der Erhalt von kleineren Denkmälern im öffentlichen Raum ist ein wichtiges Anliegen. Wir setzen uns dafür ein, dass es weiterhin eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Denkmalschutzamt und den Bezirken gibt, die in der Regel für die Pflege, Erhaltung und Restaurierung der Kleindenkmäler zuständig sind.
GRÜNE	Der Erhalt der Denkmäler und historischen Anlagen sind uns ein großes Anliegen, um das Erbe früherer Generationen zu erhalten und den jetzigen und zukünftigen Generationen als Reflektionsfläche des eigenen Seins zur Verfügung zu stellen. Wir sind gerne bereit, in Zusammenarbeit mit dem Denkmalverein konkretere Kenntnisse über den Zustand dieser Denkmäler zu erhalten und Optionen des Erhalts und der Finanzierung der in der bezirklichen Zuständigkeit liegenden Denkmalobjekte zu erörtern.
CDU	Diese Objekte sind erhaltenswert, sind sie doch im Kleinen und vor Ort oft Zeugen einer Zeit, in der Wert auf die Gestaltung des öffentlichen Raums gelegt wurde (z.B. Zäune am Elbuferwanderweg). Die Stadt benötigt eine Meldestelle für gefährdete historische Objekte und ein Budget für die Sanierung und Instandhaltung.
Die LINKE	Ja. Der schlechte Zustand vieler Objekte liegt an dem mangelnden Bewusstsein für den Wert der Denkmäler und knappen Ressourcen. Den besseren Umgang mit ihnen kann durch bessere Vermittlung und Ausbildung (siehe oben) erreicht werden und in dem die Bezirke finanziell besser ausgestattet werden, damit sie mehr Personal für die Pflege von Denkmälern einstellen können und Geld für ihren Erhalt zur Verfügung haben. Zudem werden wir als Die Linke die Denkmäler im öffentlichen Raum im Blick haben, uns über Hinweise von Bürger*innen über Denkmäler im schlechten Zustand freuen und uns mit ihnen für ihre Erhaltung einsetzen.